presse

Glyphosat: Ausstieg aus der Nutzung vorantreiben

***Elvira Drobinski-Weiß**, stellvertretende ernährungspolitische Sprecherin;*
***Rita Hagl-Kehl**, zuständige Berichterstatterin:*

Das umstrittene Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ist heute Thema einer Expertenanhörung im Deutschen Bundestag. Die Internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend" eingestuft und zahlreiche Wissenschaftler warnen vor den Folgen eines übermäßigen Einsatzes. Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich deshalb dafür aus, das Mittel aus Vorsorgegründen umgehend aus dem freien Verkauf für die Privatanwendung zu nehmen. Der Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft muss zudem stufenweise bis zu einem völligen Ausstieg reduziert werden.

„Der Schutz der Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern und die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft stehen für die SPD-Bundestagsfraktion an erster Stelle. Wir wollen deshalb einen Ausstiegsplan für die Anwendung von Glyphosat in der Landwirtschaft. Das Herbizid ist von der Internationalen Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend" eingestuft worden. Zahlreiche Wissenschaftler, Umwelt- und Verbraucherverbände und Ärzte warnen vor den gesundheitlichen und ökologischen Folgen eines übermäßigen Einsatzes. Aus Vorsorgegründen sollte der Verkauf für die Anwendung auf öffentlichen Grünanlagen, Spielplätzen oder in privaten Gärten deshalb umgehend verboten werden, denn hier ist die Gefahr der Fehlanwendung und Überdosierung besonders groß.

Um auch der deutschen Landwirtschaft den langfristig dringend notwendigen Ausstieg aus der Anwendung von Glyphosat zu erleichtern, setzen wir uns für eine gezielte und unabhängige Erforschung von sicheren Alternativen ein.

Die endgültige Bewertung und Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit steht noch aus. Angesichts der internationalen wissenschaftlichen Debatte, den klaren Warnungen zahlreicher

Experten und dem Votum der Internationalen Krebsforschungsagentur ist jedoch klar, dass es sich nicht um ein unbedenkliches Pflanzenschutzmittel handelt. Aus unserer Sicht muss deshalb das Vorsorgeprinzip gelten und ein vollständiger Ausstieg aus der Anwendung das Ziel sein. Zudem sollten die Mechanismen für die Risikobewertung und die Voraussetzungen für die Einbeziehung von Studien in diesen Prozess kritisch überprüft werden."